

Pedrazzini: Förderung von Kitas führe nicht zu Ungleichbehandlung

Subvention Mit seinem Vorhaben, die finanzielle Unterstützung von Kitas zu verbessern, stiess Gesellschaftsminister Pedrazzini vielerorts auf offene Ohren. Es wurde aber auch Kritik laut, dass zu Hause bleibende Mütter ungleich behandelt würden.

VON DANIELA FRITZ

Der Mann arbeitet, während die Frau zu Hause die Kinder hütet: ein Familienmodell, das heute zunehmend seltener wird. Vielmehr arbeiten in rund zwei Drittel aller Paarhaushalte mit Kindern beide Erwachsenen. «In der überwiegenden Zahl der Fälle ist der Mann in Vollzeit erwerbstätig und die Frau in Teilzeit», erklärt Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini im Gespräch mit dem «Volksblatt». Viele Eltern seien daher auf Betreuung in Kindertagesstätten angewiesen und «die Nachfrage ist grösser als das

Angebot an subventionierten Plätzen». Aus diesem Grund hat die Regierung vergangene Woche einen Vernehmlassungsbericht verabschiedet, nach dem Kitas nicht mehr nach den angebotenen Plätzen, sondern den tatsächlich erbrachten Leistungen gefördert werden sollen. Zudem soll die finanzielle Unterstützung erhöht werden, das Geld dazu stammt aus der Familienausgleichskasse (FAK) und den Gemeinden.

Kritiker orten Ungleichbehandlung

Mit diesem Ansatz erhielt Regierungsrat Mauro Pedrazzini in der Wirtschaft, aber auch vom Verein

für Kindertagesstätten lobende Worte. Gleichzeitig regten sich aber auch kritische Stimmen. So wurde unter anderem bemängelt, dass der Staat die Kinderbetreuung grundsätzlich nicht subventionieren sollte. Einige Leserbriefschreiber kritisierten im «Volksblatt» ausserdem, dass so jene Mütter benachteiligt würden, die ihre Kinder zu Hause betreuen. «Anstatt die einzelnen Kitas mit mehr Geld zu unterstützen, wäre ich dafür, dass jede Familie mehr Kindergeld erhält», hiess es beispielsweise. Darauf angesprochen, zeigt sich Pedrazzini aufgeschlossen: «Wir sind für alle Meinungen und Vorschläge

offen, auch Private können sich im Rahmen der Vernehmlassung äussern.» Er sei sich bewusst, dass das Thema Konflikte in sich birgt. Ein Kita-Platz werde aber auch in Zukunft nicht gratis zur Verfügung gestellt, die Eltern müssten einen gewissen Beitrag übernehmen. Diejenigen, die ihre Kinder selbst betreuen, müssten diesen Elternbeitrag dagegen nicht entrichten. «Die Subventionierung bewirkt vor allem, dass auch Frauen mit mittleren und geringeren Einkommen einer Erwerbstätigkeit nachgehen können», gibt der Gesellschaftsminister zu bedenken. **Seiten 4 und 5**

Pedrazzini: «Viele Eltern sind auf die Kinderbetreuung angewiesen»

Interview Dass Kitas mehr finanzielle Unterstützung erhalten sollen, wird nicht nur positiv aufgenommen. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini ermuntert auch Kritiker, Ideen einzubringen.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Herr Regierungsrat, vor einer Woche haben Sie den Vernehmlassungsbericht zur Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung vorgestellt. Wie waren die Reaktionen?

Mauro Pedrazzini: Die Reaktionen waren grundsätzlich positiv, vor allem, weil das Thema nun endlich angegangen wird. Es birgt viele Konflikte, das ist mir bewusst. Die Gesellschaft verändert sich aber und mit den heutigen Finanzierungsmethoden können wir nicht mehr weitermachen.

Inwiefern verändert sich ihrer Meinung nach die Gesellschaft?

Die Zeiten, in denen das Familienmodell mit dem Mann als Alleinverdiener dominierte, sind vorbei. Heute besitzen rund zwei Drittel aller Paarhaushalte mit Kindern zwei Einkommen. Es sind also beide Elternteile erwerbstätig. In der überwiegenden Zahl der Fälle ist der Mann in Vollzeit erwerbstätig und die Frau in Teilzeit.

Es werden aber bei Weitem nicht alle Kinder in Kitas betreut, offenbar finden die meisten Eltern andere Lösungen.

Es gibt andere Lösungen. Oft leisten die Grosseltern viel Betreuungsarbeit oder es gibt innerhalb der Familie beziehungsweise der Nachbarschaft gegenseitige Hilfe bei der Kinderbetreuung. Nicht alle aber

haben Grosseltern, Geschwister oder Nachbarn, welche ausreichend verfügbar sind. Viele Eltern sind da-

«Nicht alle haben Grosseltern, Geschwister oder Nachbarn, welche ausreichend verfügbar sind.»



Die Gesellschaft habe sich verändert – mit den heutigen Finanzierungsmethoden zur Kinderbetreuung könne nicht weitergemacht werden, findet Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini. (Foto: Michael Zanghellini)

her auf die Betreuung durch eine Tagesmutter oder in der Kindertagesstätte angewiesen. Bei den Kitas ist die Nachfrage grösser als das Angebot an subventionierten Plätzen.

Das System der Kitas wird oft kritisiert, insbesondere die langen Wartelisten. Wie wollen Sie nun das Problem lösen?

Heute bestehen subventionierte und nicht subventionierte Plätze in unserem Land. Wer das Glück hat, einen subventionierten Platz zu erwischen, kommt günstiger weg. Das ist eine Ungleichbehandlung, welche beseitigt werden muss. Es sollen aber nicht einfach alle Kita-Plätze im heutigen Ausmass subventioniert werden.

Das würde nur zu unterausgelasteten Kitas führen. Stattdessen sollen nur die tatsächlich erbrach-

ten Betreuungsleistungen subventioniert werden.

Die Vernehmlassungsfrist läuft noch bis Mitte Februar. Welche Kritik erwarten Sie?

Es sind noch keine offiziellen Stellungnahmen zur Vernehmlassung eingetroffen. Kritik habe ich aber aus zwei recht gegensätzlichen Lagern schon gehört: Die einen sagen, dass der Staat grundsätzlich die Kinderbetreuung nicht subventionieren sollte. Es sei Sache der Eltern, für ihre Kinder zu sorgen. Wenn beide Eltern erwerbstätig seien, dann sei auch genug Geld da, um Kitas zu bezahlen. Die andere Seite wünscht sich, dass auch Mütter, welche keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, einen finanziellen Beitrag für die Betreuung bekommen sollen.

Es gibt auch Stimmen, die sich dafür aussprechen, dass nicht nur die Kitas, sondern die Kinderbetreuung generell gefördert werden sollte.

Wie gehen Sie mit der bisher geäusserten Kritik um?

Ein Kita-Platz wird auch in Zukunft nicht gratis zur Verfügung gestellt. Die Eltern müssen einen Elternbeitrag übernehmen. Diejenigen, die in der erfreulichen Lage sind, nicht auf einen Kita-Platz angewiesen zu sein, müssen somit auch keine Elternbeiträge entrichten und sparen sich diesen somit. Die Subventionierung von Kita-Plätzen bewirkt vor allem, dass auch Frauen mit mittleren und geringeren Einkommen einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Wir befinden uns aktuell im Stadium der Vernehmlassung. Das heisst, die Regierung stellt eine Idee vor und fordert interessierte Kreise dazu auf, sich dazu zu äussern und allfällige Anmerkungen oder kritische Punkte vorzubringen. Diese Stellungnahmen werden dann ausgewertet. Wir sind für alle Meinungen und Vorschläge offen, auch Private können sich im Rahmen der Vernehmlassung äussern.